

Die Diktatur eines konservativen Professors der Rechte

Die Grenzen Tunesiens umschliessen ein kompaktes Territorium zwischen Mittelmeer und Sahara. Für afrikanische Verhältnisse ist das Land mit 164.000 km² ein Kleinstaat und mehr als alle anderen Staaten Nordafrikas nach dem Mittelmeerraum und Europa orientiert.

Die Beyschaft Tunis war nominell ein Teilstaat des osmanischen Reiches, doch agierte die osmanische Oberschicht relativ selbständig. Frankreich sicherte sich im Wettbewerb mit Italien wachsenden Einfluss über die Beyschaft, die sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr bei europäischen Geldgebern verschuldete.

Die koloniale Landnahme begann als indirekte, primär wirtschaftliche Kolonisierung mittels Kolonialgesellschaften und Banken. Italien sicherte sich Einfluss durch Kolonisten italienische Zuwanderer. Die einheimischen Oberschichten wurden seit dem Ersten Weltkrieg in koloniale politische Institutionen integriert, hatten aber keinen effektiven Einfluss auf das Geschehen.

Die koloniale Wirtschaft war ausgerichtet auf Landwirtschaft, wobei sich eine deutliche Veränderung in den Besitzverhältnissen – vom Gemeinbesitz zum individuellen Grossgrundbesitz – ergab. Bereits in der Zwischenkriegszeit wurde auch begonnen die vorhandenen mineralischen Bodenschätze abzubauen.

Die städtischen Oberschichten integrierten sich, über französische Schulen und wirtschaftliche Zusammenarbeit rasch in die koloniale Gesellschaft. Es kam dabei auch schon bald zu einer starken nationalen Bewegung in Verbindung mit den Destour-Parteien.

Die nationale Bewegung wurde während des Zweiten Weltkriegs unterdrückt, fand jedoch mit Kriegsende rasch wieder zur alten Stärke zurück; wichtig war dabei die Gewerkschaftsbewegung, während der Bey und der Hof eine recht geringe Rolle spielten. Nach einer kurzen bewaffneten Auseinandersetzung kam es zu einer reibungslosen Machtübergabe und bald darauf zur Beseitigung der Monarchie und der Errichtung einer „Präsidialmonarchie“ rund um Habib Bourguiba, Nationalheld seit den 1930er Jahren. Den westlichen Staaten galt Tunesien als stabiles Land und prosperierender Wirtschaftspartner. Das hing nicht zuletzt mit der Person des Staatsherrn zusammen. Bourguiba sicherte seine Autorität durch internationale Kooperation, Personenkult und häufige Eingriffe in die Zusammensetzung der politischen Führung. Selbst die Gewerkschaft als aufrechter Gegner schwenkte letztendlich auf den bürgerlichen Kurs ein.

Wirtschaftlich wurde ab den 1970er Jahren neben der Landwirtschaft und dem Bergbau die industrielle Produktion - Lohnfertigung für Firmen des Nordens - und der Tourismus von Bedeutung.

General Ben Ali, seit 1977 Geheimdienstchef und Koordinator der bewaffneten Kräfte im Kampf gegen Demonstranten und „subversive Elemente“, löste 1987 den Kranken Langzeitpräsidenten ab und führte dessen Politik im eigenen Interesse fort.

Von allen afrikanischen Staaten zeigt Tunesien den höchsten Grad von Verwestlichung; darum wurde es wohl auch als erster 1998 an die EU assoziiert. Wirtschaftlich wie politisch verschlechterte sich die Lage ab den 1990er Jahren immer deutlicher. Die Abhaltung von Wahlen in einem Mehrparteiensystem änderte wenig an der Dominanz der „Staatspartei“ und der autoritären Führung.

Im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ kam es 2011 zum Sturz und der Vertreibung von Ben Ali. Die grossen Erwartungen, die die Bevölkerung in die „Revolution“ setzte, erfüllten sich nicht wirklich. Demokratie und freie Wahlen brachten vor allem für die Bevölkerung des Hinterlands und die jungen Menschen keine Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage.

Im Oktober 2019 wählten nur knapp über 41% der Wählerschaft ein Parlament, in dem die konservativ-islamistische Ennahdha zwar eine relative Mehrheit bekam, die Sitze jedoch über eine grosse Zahl von Parteien verteilt wurden. Bei den Präsidentenwahlen siegte der Ennahdha nahestehende Kais Saïed mit fast 73%.

Am 13.10.2019 schrieb die Redaktion der Deutschen Welle: „*Der parteilose Saïed ist ein bekannter Verfassungsexperte, hat aber keinerlei Regierungserfahrung.*“ ([https://www.dw.com/de/kais-saied-ist-tunesiens-neuer-pr%C3%A4sident/a-](https://www.dw.com/de/kais-saied-ist-tunesiens-neuer-pr%C3%A4sident/a-50817005)

50817005) Im Juli 2021 bescherte dieser Verfassungsexperte dem Land ein politisches Chaos: er entliess Regierungschef Hichem Mechichi und suspendierte das Parlament mit dem Argument eines Kampfes gegen Korruption. Für die Opposition war es ein Staatsstreich - Kaïs Saïed verteidigte sich mit dem Argument: „*In meinem Alter strebe ich keine Karriere als Diktator mehr an.*“ (New York Times)

Inzwischen hat sich die innenpolitische Lage krass verschlechtert. Der Präsident wandte sich wiederholt gegen MigrantInnen aus Afrika südlich der Sahara. Sein Argument von der Überfremdung der tunesischen Bevölkerung und das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte schaffen bedrohliche Lebensumstände und hetzen die Bevölkerung gegen Zuwanderer auf. Ein Abkommen mit der EU betreffend Steuerung der Migration wies er mit dem Argument zurück, Tunesien brauche keine Almosen. Oppositionspolitiker und Journalisten werden eingesperrt und von Militärgerichten zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Rached Ghannouchi, der 82-jährige Führer der islamistischen Ennahda, wurde im Mai 2023 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und im Oktober 2023 wurde die Strafe zu 15 Monaten verschärft. Immer mehr vor allem junge Tunesier versuchen der tristen Lage durch eine Mittelmeerpassage nach Lampedusa zu entkommen.

Trotz zahlreicher Menschenrechtsverletzungen war die EU im Dezember 2023 bereit, 150 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, die vor allem die Grundversorgung mit Lebensmitteln sicherstellen sollen. Für die wirtschaftliche Misere macht Kaïs Saïed die Wirtschaftstreibenden verantwortlich und lässt vor allem Unternehmer einsperren, die dem gestürzten Staatschef Ben Ali nahe standen. Chaima Issa von der oppositionellen Koalition *Front du Salut Nationale* sagte in einem Interview mit Le Monde (5.9.2023) kurz nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis: „*Das Regime von Kaïs Saïed hat uns zwar ins Gefängnis geworfen, dabei aber nichts gewonnen. Noch weniger die tunesische Bevölkerung. Die Lage ist absurd und betrifft uns alle gemeinsam. So kann es nicht weiter gehen.*“ Im Oktober 2023 wurde sie erneut verhaftet, als sie dem Präsidenten ein Protestschreiben gegen seine Regierungsmassnahmen überreichen wollte.